

(<https://gruene-linke.de>)



Startseite (<https://gruene-linke.de/>) » Sag NEIN! Unsere Kampagne gegen die Wehrpflicht

MAI
28
2024

Sag NEIN! Unsere Kampagne gegen die Wehrpflicht

Veröffentlicht unter Aktionen (<https://gruene-linke.de/category/aktionen/>), Demokratie (<https://gruene-linke.de/category/basisdemokratisch/demokratie/>), gewaltfrei (<https://gruene-linke.de/category/gewaltfrei/>)



Sag NEIN!

 *Sag Nein! (Kampagnenbild)*



„Macht und Wohlstand sind ungerecht verteilt. Geraten diese Verhältnisse ins Wanken, sind damals wie heute Soldaten an der Reihe, sie wieder zu sichern. Es gibt aber viele Wege, sich der Bundeswehr zu entziehen. Wenn ihr den Dienst mit eurem Gewissen nicht vereinbaren könnt: Verweigert! Lasst euch nicht missbrauchen! Beruft euch auf das Grundgesetz!“

Ludwig Baumann (1921-2018) – Wehrmachtsdeserteur, Mitbegründung der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. und lebenslang aktiv gegen Krieg und Wehrdienst in seiner Autobiographie „Niemals gegen das Gewissen“

Nach zwei von deutschem Boden begonnenen Weltkriegen war in den Absichtserklärungen der **Anti-Hitler-Koalition** überhaupt keine deutsche Armee mehr vorgesehen. Im Grundgesetz wurde die **Wehrpflicht** erst **1955** nachträglich hinzugefügt und **2011** zunächst ausgesetzt.

Eine Wiedereinsetzung oder gar Ausweitung der allgemeinen Wehrpflicht – auch mit der Option von Diensten im „Bevölkerungsschutz“ – würde die weitere **Bagatellisierung von Kriegsvorbereitungen** und einen **Vorrang des Militärischen** bedeuten. **Wir lehnen diese Vorhaben des Bundesverteidigungsministers ab.**

Kriege zerstören Wohlstand, Freiheit, Menschenleben und Kultur. Dies gilt auch für die Ausrichtung von Wirtschaft, Bildung und Ausbildung auf Kriegsführung. Wir wollen stattdessen das **Grundgesetz** mit seinem friedensstiftenden Gehalt zur Geltung bringen:

»Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.« (Präambel, GG)

»Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.« (Art. 1, Abs. 1)

»Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.« (Art. 2, Abs. 2)

»Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen



werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.» (Art. 4, Abs. 3)

»Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.« (Art. 26, Abs. 1)

Im Folgenden findet ihr verschiedene Texte zum Thema. In den kommenden Tagen werden weitere Texte ergänzt. Klickt auf die grünen Überschriften, um die Texte zu lesen, und noch einmal, um die Texte wieder zu "verstecken".

Grüne Positionen zur Wehrpflicht. Was sagen Basis-Mitglieder? >

Grünen-Positionen zur Wehrpflicht. Historischer Überblick über Aussagen in Parteiprogrammen >

Die Rolle der Grünen bei der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure >

Bedeutung und Verfolgung der Wehrmachtsdeserteure

Nach zwei Jahren NS-Herrschaft, in denen die Opposition blutig niedergeschlagen und verfolgt wurde, erließ das Kabinett unter Hitler am 16. März 1935 das „Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht (http://www.documentarchiv.de/ns/1935/wehrmacht_ges.html)“, das eine allgemeine Wehrpflicht festschrieb.

1939 begann der faschistische Eroberungsfeldzug, der in Richtung Osten als brutaler Vernichtungsfeldzug geführt wurde. Allein in der Sowjetunion, die die Hauptlast bei der Befreiung Europas vom deutschen Faschismus trug, wurden 27 Millionen Menschen durch die deutschen Wehrmachts- und Polizei-Einheiten und ihre Verbündeten getötet. Die Brutalität der faschistischen Kriegführung, die in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt, traf auch die Wehrmachtssoldaten. Von den deutschen und österreichischen Männern der Jahrgänge 1910 bis 1925 starben zwischen 29 und 41 Prozent als Soldaten im Zweiten Weltkrieg (Overmans, S. 234). 

Die vorangegangene intensive Kriegspropaganda und Erziehung der Bevölkerung zur Kriegstüchtigkeit waren nicht genug, um den Widerstandswillen vieler zur Wehrmacht Eingezogener gegen das Töten und Getötetwerden zu brechen. In der Wikipedia gelistete Schätzungen gehen von bis zu 400.000

Wehrmachtsdeserteuren aus – viele weitere Menschen haben diese als Fluchthelfer unterstützt. Wer sich in den Eroberungs- und Vernichtungskrieg nicht einfügte, wurde daher drakonisch verfolgt, um als abschreckendes Beispiel die eingezogenen Soldaten zur Beteiligung an der Zerstörung zu drängen: „An der Front kann man sterben, als Deserteur muss man sterben.“ hatte Adolf Hitler bereits 1926 in der Hetzschrift „Mein Kampf“ (Hitler, S. 587) proklamiert. Wie der Militärhistoriker Wolfram Wette schildert, machten die NS-Militärrichter sich zu bereitwilligen Vollziehern dieser Ideologie und verhängten etwa 30.000 Todesurteile gegen Deserteure, Kriegsdienstverweigerer und „Wehrkraftzersetzer“. 20.000 dieser Urteile wurden vollstreckt (Wette, S. 505).

Mit der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 endete die Wehrpflicht in Deutschland – gesetzlich verankert in der Kontrollratsproklamation Nr. 2 (<https://www.verfassungen.de/de45-49/kr-proklamation2.htm>). Während die Kriegsablehnung über das gesamte politische Spektrum in Folge des Zweiten Weltkriegs hoch war, fand die Auseinandersetzung um die Kriegsursachen und die preußisch-deutschen militärischen Traditionen jenseits der Kreise des antifaschistischen Widerstandes wenig Verbreitung. Die Wehrmachtsdeserteure wurden weiterhin als „Vaterlandsverräter“ und „Kameradenschweine“ geächtet. Die wenigen überlebenden Deserteure waren auch in der Bundesrepublik noch offiziell vorbestraft. Ihre Rehabilitation durch den deutschen Bundestag im Jahre 2002 erlebten noch 150 Wehrmachtsdeserteure (Wette, S. 525).

Der Rehabilitationsstreit in der Bundesrepublik

Im Zentrum des Deutungskonflikts in der BRD um die historische Bewertung der Wehrmachtsdeserteure stand stets die ethische Bewertung von Desertion in der



(<https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/53/>

Bundesarchiv_Bild_146-1996-030-12A%2C_Danzig%2C_Frau_vor_Schaufenster.jpg)

Warnung an Soldaten vor Fahnenflucht im Februar 1945 in Danzig, https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/5/53/Bundesarchiv_Bild_146-1996-030-12A%2C_Danzig%2C_Frau_vor_Schaufenster.jpg / CC-BY-SA 3.0.

eigenen Gesellschaft. Exemplarisch für die beiden Pole sprechen die Gratulation des Wehrmachtsdeserteurs Ludwig Baumann für den Irakkriegsdeserteur und Preisträger des Stuttgarter Friedenspreises, Agustín Aguayo vom 21.12.2007 und eine Bundestagsrede des damaligen rechtspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Norbert Geis, vom 16. März 1995:

„Wenn wir es zum Prinzip erheben würden, daß sich grundsätzlich dann, wenn ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg von einem Volk ausgeht, die Soldaten aus dem jeweiligen Heer entfernen können, sie Fahnenflucht begehen können, dann würde dieses Prinzip schon im folgenden Fall einer schweren Erschütterung unterzogen, nämlich beispielsweise dann, wenn ein Soldat aus Feigheit und nicht aus Widerstandsgründen die Truppe verläßt und sie dadurch in schwere Bedrängnis, in Todesgefahr bringt und viele ihr Leben lassen müssen. Ein solches Verhalten ist doch unabhängig davon, ob sich die Truppe in einem Angriffs- oder Verteidigungskrieg befindet, immer nicht legitim, immer verwerflich. [...] wir dürfen also nicht dazu übergehen, das Verhalten derjenigen, die Fahnenflucht begangen haben, allein deshalb, weil es sich um einen furchtbaren Angriffskrieg gehandelt hat, generell für rechtmäßig zu erklären. Wir müssen bedenken, daß wir damit auf der anderen Seite denen, die geblieben sind, sagen, daß sie generell rechtswidrig gehandelt haben, daß sie im Unrecht gewesen sind und im Grunde genommen falsch gehandelt haben.“ (Norbert Geis (<https://dserver.bundestag.de/btp/13/13027.pdf>), S. 1918)

„Desertion damals und heute hat viele Gemeinsamkeiten. Ich meine nicht, dass man die Naziverbrechen relativieren soll. Ich habe Diktatur erlebt und Demokratie ist für mich ein hohes Gut. Aber sehen wir uns die westlichen Demokratien einmal an: Der UNO-Beauftragte für Ernährung, Prof. Jean Ziegler, beschuldigt unsere reichen Länder des millionenfachen Mordes an den Armen, weil unsere Länder zu ihrem Vorteil der übrigen Menschheit eine Weltwirtschaft aufzwingen, bei der jeden Tag bis zu Hunderttausend Menschen elendig verhungern. Das muss auch verteidigt werden. Wie soll es da denn Frieden geben? Im Gegenteil: Präsident Bush hat auf der Höhe seiner Macht China und anderen Ländern den Atomkrieg angedroht, Kriege, die die Menschheit noch nie hat erleiden müssen. Was kann man da besser tun, als zu desertieren? Ganz egal, ob im Irak oder überall in der Welt. Es ist doch ein Wahnsinn. Wenn ich einen Menschen töte, gelte ich als Mörder, wenn es mir befohlen wird, gelte ich als Held. Du Agustín hast Zeichen gesetzt dafür, dass wir uns niemals mehr von denen da oben dazu missbrauchen lassen sollen,

Menschen, andere Völker und uns selber umzubringen. Dafür danken wir Dir. Ich wünsche mir, dass wir gemeinsam mit Dir kämpfen für Gerechtigkeit, für das Leben und für den Frieden.“ (Ludwig Baumann (<https://de.connection-ev.org/article-96>))

Die Position der Grünen als Bewegungspartei

Mit der Friedensbewegung der 1980er gegen die Aufrüstung mit Mittelstreckenraketen bildet sich eine Verweigererbewegung heraus. Die Friedensbewegung bringt auch die Auseinandersetzung um die Wehrmachtsdeserteure auf die Tagesordnung: Die ersten, damals noch hoch umstrittenen Denkmäler zur Ehrung von Wehrmachtsdeserteuren entstehen und die wissenschaftliche Aufarbeitung schreitet voran – 1989 werden erstmals die explizit politischen Deserteure in einer staatlichen Gedenkstätte geehrt. Mit dem Rückenwind der Friedensbewegung gründet sich aus wenigen noch überlebenden verurteilten Deserteuren und „Wehrkraftzersetzerinnen“ die Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V. (Wette, S. 507ff).

Solange die Grünen Teil dieser Bewegung mit kritischer Distanz zum deutschen Staat und seinen Institutionen sind, treten sie aktiv für die antifaschistische Aufarbeitung der NS-Unrechtsjustiz ein – in klarer Gegnerschaft zu Helden-Mythen.

- 1986: Die Grünen greifen die zivilgesellschaftlichen Initiativen für die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure durch eine parlamentarische Anfrage auf.
- 1990: Die Grünen stellen den ersten Antrag auf Rehabilitierung.
- 1991: In einem Urteil des Bundessozialgerichts werden die Verurteilungen gegen Wehrmachtsdeserteure erstmals pauschal als Unrecht bewertet.
- 1993-94: Grüne und SPD im Bundestag stellen Anträge auf Rehabilitierung.
- 1995: Der Bundesgerichtshof attestiert den NS-Militärrechtern, als „Terrorjustiz“ gehandelt zu haben, die sich eigentlich „wegen Rechtsbeugung in Tateinheit mit Kapitalverbrechen hätten verantworten müssen“ und legt die pauschale Aufhebung ihrer Urteile nahe.
- 1995: Die Wehrmachtsausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung erreicht gegen Proteste von Rechts bundesweit geschätzt eine Million Besucher.
- 1996: Der Wehrmachtsdeserteur und Friedensaktivist Ludwig Baumann wird für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen – zu den Unterzeichnern (<https://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/PB2021/Baumann-> 

Ausstellung-Panel6-8-12.pdf) zählen die Grüne Jugend Berlin, Claudia Roth als Vorsitzende der Grünen-Fraktion im Europaparlament und Werner Schulz als Parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen-Bundestagsfraktion.

- 1996: Die neugegründete Grünen-Stiftung wird nach dem Kriegsgegner Heinrich Böll benannt, der aus Furcht vor dem „Heldenklau“ nicht aus der Wehrmacht desertiert, jedoch auf vielfältigen illegalen Wegen so oft wie möglich aus den Kämpfen entkommen war (geschildert in Bölls „Brief an meine Söhne oder vier Fahrräder“ (1985), Kölner Werkausgabe Bd. 23).
- 1997: In einer EntschlieÙung des Bundestages wird der Zweite Weltkrieg erstmals als verbrecherischer Angriffs- und Vernichtungskrieg bezeichnet, für die Rehabilitierung der Deserteure soll jedoch weiterhin die Einzelfallprüfung gelten – die Grünen-Fraktion trägt diesen Kompromiss nicht mit. (Quelle für die Aufzählung: Wette, S. 512ff.)

Die Position der Grünen als Regierungspartei

Bereits seit der Wiedervereinigung befeuern der Sieg über den Ostblock und die Gebietserweiterung der Bundesrepublik Nationalismus und Chauvinismus. Auf konservativer Seite wird weiterhin mit dem Schlusstrich-Motiv aus Kohls „geistig-moralischer Wende“ gearbeitet, um ein erneutes deutsches Großmachtstreben nach zwei Weltkriegen zu legitimieren. Fischer dagegen rechtfertigt die erste Beteiligung deutscher Truppen an einem Angriffskrieg seit 1945, den völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien, ausgerechnet mit der vorgeblichen antifaschistischen Läuterung deutscher Politik („Nie wieder Auschwitz“).

Mit dem Wechsel von Stand- und Spielbein beginnen die Grünen, sich in die wirtschaftlich und außenpolitisch aggressivere Politik der Bundesrepublik einzufügen und nonkonformen Protest von der geschichtsbewussten Praxis in hohlen Gestus („Turnschuhe im Parlament“) zu überführen. Das grüne Engagement für Antifaschismus und Frieden nimmt ab, nicht zuletzt durch den Verzicht vieler friedensbewegter Grüner, den Richtungsstreit in der Partei zu führen. Selbst der in die staatlichen Institutionen integrierte Teil der Partei ist jedoch noch beweglich durch Druck aus der Bewegung und von entschiedenen Friedenskräften auf der linken Seite des Parlaments.

- 1998: Der Koalitionsvertrag (https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Bundesparteitag/koalitionsvertrag_bundesparteitag_bonn_1998.pdf) der ersten rot-grünen Regierung erwähnt die alte Forderung nach Rehabilitation.



- 1998 ff.: Von Seiten der Bundesvereinigung Opfer der Militärjustiz besteht der Eindruck, dass mit dem Beginn des Jugoslawienkriegs die Grüne Fraktion sich von den bisherigen gemeinsamen Kämpfen abwendet (<https://museenkoeln.de/ns-dokumentationszentrum/default.aspx?s=1930>).
- 2001: Die PDS setzt die Regierungskoalition unter Zugzwang, indem sie einen alten SPD-Antrag auf Rehabilitierung wortgleich einreicht.
- 2002: Mit den Stimmen von SPD, Grünen und PDS werden die Wehrmachtsdeserteure ausnahmslos rehabilitiert. Ausgenommen sind nur die „Kriegsverräter“.
- 2009: Mit den Stimmen aller Fraktionen werden auch die „Kriegsverräter“ rehabilitiert.

Und heute?

Die aus der Ampel-Regierung angekündigte militärische „Zeitenwende“ geht mit der Heraufbeschwörung eines gegen Russland zu führenden „gerechten Kriegs“ unter zunehmender Involvierung der deutschen Bundeswehr einher. Vor diesem Hintergrund liegt in der offiziellen Geschichtspolitik ein deutlicher Fokus auf dem späten antifaschistischen Widerstand der Militärs um den Kreis des 20. Juli; die Rommel-Kasernen der Bundeswehr tragen ihre Namen weiter, während die Wehrmachtsdeserteure keine offizielle Würdigung erhalten.

Auch die Grüne Bundestagsfraktion stimmt 2024 für die Einführung eines Veteranentags, in Hamburg soll sogar zusätzlich der Gründungstag der Bundeswehr gefeiert werden. Zum internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerung gibt es keine offiziellen Aufrufe von Parteigliederungen. Demgegenüber sind grüne Basis-Mitglieder in örtlichen Friedensinitiativen sowie mit Parteitagsträgen für die Würdigung von Wehrmachtsdeserteuren und die Rechte der Deserteure heutiger Kriege aktiv.

Literaturverzeichnis

Rüdiger Overmans: Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg. Beiträge zur Militärgeschichte, Band 46. De Gruyter München 2009.

Adolf Hitler: Mein Kampf. Zweiter Band: Die nationalsozialistische Bewegung. 9. Aufl., München 1933.

Wolfram Wette: Deserteure der Wehrmacht rehabilitiert. Ein exemplarischer Meinungswandel in Deutschland 1980–2002, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 6/2004.



teilen (<https://www.facebook.com/sharer/sharer.php?u=https%3A%2F%2Fgruene->

teilen (<https://twitter.com/share?url=https%3A%2F%2Fgruene->

teilen (<https://s2f.kytta.dev/?>

🔖 [Abrüstung](https://gruene-linke.de/tag/abruestung/) (<https://gruene-linke.de/tag/abruestung/>), [Bundeswehr](https://gruene-linke.de/tag/bundeswehr/) (<https://gruene-linke.de/tag/bundeswehr/>), [Demokratie](https://gruene-linke.de/tag/demokratie/) (<https://gruene-linke.de/tag/demokratie/>), [Frieden](https://gruene-linke.de/tag/frieden/) (<https://gruene-linke.de/tag/frieden/>), [Krieg](https://gruene-linke.de/tag/krieg/) (<https://gruene-linke.de/tag/krieg/>), [Wehrpflicht](https://gruene-linke.de/tag/wehrpflicht/) (<https://gruene-linke.de/tag/wehrpflicht/>)

💬 2 Kommentare

Michael Mirbach auf *29. Juli 2024*

(<https://gruene-linke.de/2024/05/28/sag-nein-unsere-kampagne-gegen-die-wehrpflicht/#comment-7895>)

Das Dilemma fängt schon bei der Vereidigung an,
Der Soldat wird dadurch an den Interessen des
Staates gebunden. Ich wurde in Jungen Jahren
Vereidigt, Ich war Teil der Sanitätstruppe. Müsste
ggf nur zur Selbstverteidigung eine Waffe benutzen.
Die ich mit der heutigen Reife nie wieder benutzen will.
Nie wieder sollten Menschen unter gewissen Zwang
Zur Waffe greifen müssen.
Nein zur Wehrpflicht!

Jochen Kopp auf *17. Juni 2024*

(<https://gruene-linke.de/2024/05/28/sag-nein-unsere-kampagne-gegen-die-wehrpflicht/#comment-6923>)



Die Wehrpflicht erfüllt alle Kriterien der Sklaverei:

Unterstellung des eigenen Willens unter einen Befehl, Einsatz an einem nicht frei bestimmten Ort, Einsatz des Lebens und der Gesundheit für Zwecke, die nicht den eigenen Bedürfnissen entsprechen, Verbot der Flucht, Strafen bis zum Tod bei pflichtwidrigem Verhalten.

Deshalb meiner Meinung nach Verfassungswidrig, weil Verstoß gegen Grundrechte.

Sinnigerweise wurde die Wehrpflicht nicht in der Demokratie ersonnen, sondern in der französischen Revolution (levée en masse – Massenaushebungen). Mit dem Aufkommen der Wehrpflicht wurden die Heere für die Machthaber billiger, weil nur noch die Offiziere bezahlt werden mussten.

